

Krisensichere Geldordnung für die Realwirtschaft



Die Realwirtschaft ist die Lebensader unserer Gesellschaft, sie darf nicht von einem krisenanfälligen Finanzsektor abhängen. Da der Finanzsektor übermächtig geworden ist, müssen die Bestrebungen dahin gehen, Geld aus diesem Sektor abzuziehen und wieder seiner eigentlichen Funktion in der Realwirtschaft zuzuführen.

Am Anfang unserer Initiative wurde die Internetplattform geldmitsystem.org gegründet, auf der 50 namhafte Geldsystemkritiker zur Diskussion aufgefordert wurden. Nach hunderten Seiten im dortigen Forum, stets geleitet von der Frage, was überhaupt realisierbar sei, entstand in Zusammenarbeit mit dem [österreichischen Banken-Volksbegehren](http://oesterreichischen Banken-Volksbegehren) die Kampagne „*Banken in die Schranken!*“. Unsere Anliegen können kurz gefasst werden, im Weiteren werden sie näher erläutert :

- 1) **Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken**
- 2) **Keine Rettung von Investmentbanken mit Steuergeldern**
- 3) **Umstieg auf Geldanlagen, die der Realwirtschaft dienen**
- 4) **Vorsorge durch Vorfinanzierung von nachhaltiger Infrastruktur**
- 5) **Einführung von wertstabilen, zinsfreien Zweitwährungen**
- 6) **Verteilungsgerechtigkeit durch Gebühr auf ungenutzte Ressourcen**

Die gegenwärtige Lage in der Wirtschaft und am Arbeitsmarkt zeigt, dass die Rechnung für die Krise keineswegs vor allem reiche Spekulanten zahlen, die sich verzockt haben. Vielmehr werden die Kosten von der jungen Generation getragen, der immer höhere Leistungen abverlangt werden, um überhaupt in den Arbeitsmarkt einsteigen zu können. In vielen Branchen kämpft die junge Generation mit sinkenden Löhnen oder prekären Arbeitsverhältnissen. Wir von „*Banken in die Schranken!*“ haben jedoch Visionen für eine bessere Zukunft.

Wie soll eine gesunde Wirtschaft aussehen? Wo wollen wir hin?

In einer gesunden Wirtschaft hat jeder die Chance, in seinem Leben Leistung für die Gesellschaft zu erbringen und im gleichen Maße über seine Lebensspanne hinweg Gegenleistung zu erhalten.

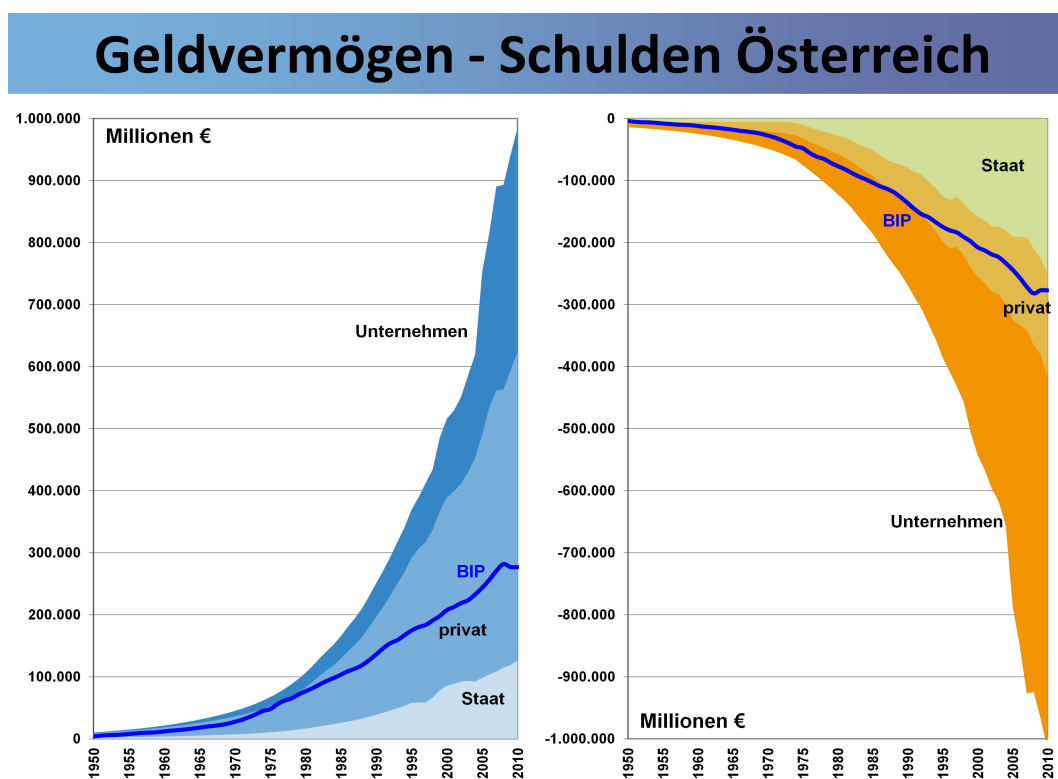
Wir können uns die Summe aller Leistungen wie einen Topf vorstellen, aus dem sich nun jeder mit einer adequaten Gegenleistung bedienen will. Konsumieren nun gesunde, leistungsfähige Menschen Leistungen, ohne Leistung einzubringen, so bleibt für andere Gesellschaftsmitglieder weniger über.

Letztere müssen dann Leistung einbringen, ohne dafür eine adequate Gegenleistung zu erhalten. Das ist unsere heutige Situation.

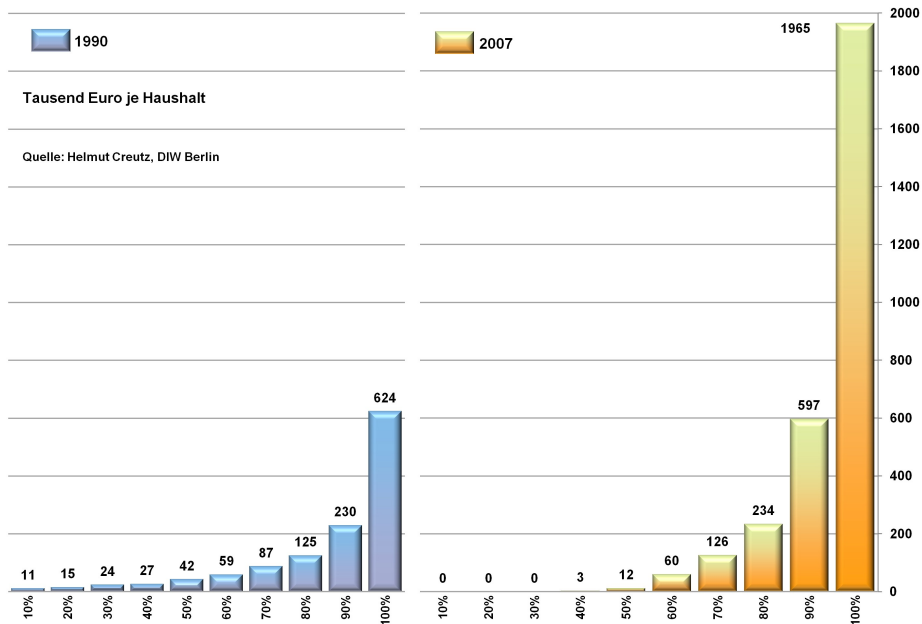
Leistungslose Einkommen aus Kapitalerträgen erzwingen einkommenslose Leistungen jener, die kein Kapital haben. Und das trifft vor allem die jüngere Generation. In unserer Argumentationslinie müssen allerdings Unternehmensgewinne von reinen Kapitalerträgen unterschieden werden, denn Unternehmensgewinne haben keinen negativen Einfluss, solange sie wieder investiert werden und dadurch Einkommensmöglichkeiten schaffen.

Was verhindert heute eine gesunde Wirtschaftsordnung?

Die leistungslosen Einkommen aus Vermögen und Spekulationsgewinne fallen in überwiegenderem Maße dorthin, wo schon viel Kapital ist. So kommen wir zu einer wachsenden Vermögenskluft, wie sie weltweit zu beobachten ist. Sie zerstört auf lange Sicht jedes Sozialgefüge.



Umverteilung der Vermögen Deutschland

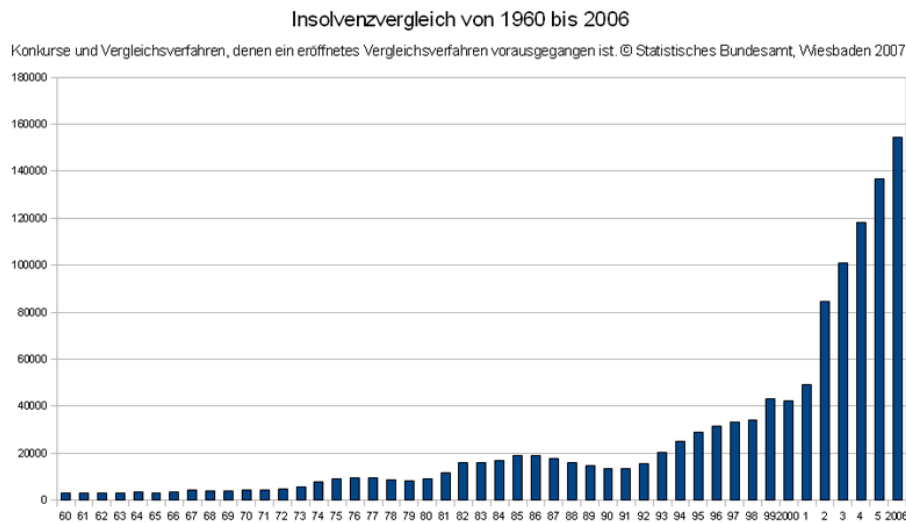


Diese leistungslosen Einkommen sind keineswegs durch die Logik des freien Wettbewerbs zu rechtfertigen, sondern resultieren ausschließlich aus erpresserischen Methoden. Wettbewerb wird nämlich dort zur Erpressung, wo einem der Marktteilnehmer keine Wahlmöglichkeit mehr bleibt und dies von den anderen ausgenutzt wird. Ein Börsenspekulant hat die Wahl, wann und zu welchem Preis er die gehorteten Ressourcen verkauft. Die Industrie hingegen muss regelmäßig kaufen, um produzieren zu können. Nur deshalb kann der Spekulant höhere Preise verlangen. Jeder Geldgeber hat die Wahl, wann und wem er Geld zu welchen Konditionen gibt. Ein Kreditnehmer verschuldet sich hingegen selten freiwillig, hat also keine Optionen und so kann ihm ein Zins abverlangt werden. Letztlich wird immer das schwächste Glied der Kette erpresst. In Zeiten fortschreitender Automatisierung und zunehmender Arbeitslosigkeit hat der Arbeitnehmer keine Chance gute Löhne auszuhandeln und so kommt es zur Umverteilung von Fleißig zu Reich. Kurzum: niemand finanziert freiwillig die leistungslosen Einkommen anderer, wenn er nicht durch die Umstände dazu gezwungen ist.

Wer heute ein Haus zu zwei Drittel durch Kredit finanziert, wird feststellen, dass er es am Schluss doppelt bezahlt hat. Einmal dem Baumeister und ein zweites Mal der Bank. Wie die obige Grafik zeigt, sind aber nicht Private oder der Staat sondern die Unternehmen die Hauptschuldner in unserer Gesellschaft. So wie beim Hausbau Zinsen anfallen, wenn fremdfinanziert wird, fallen auch in der Warenproduktion Zinslasten an. Ein Viertel bis ein Drittel des Warenpreises sind heute (versteckte) Zinslasten. Die ärmere Hälfte der Bevölkerung, die ihr Geld zur Gänze für Konsum ausgibt, zahlt so gesehen etwa 25% Vermögensabgabe (eine Abgabe, die den Vermögenden zukommt). Die Kleinanleger der Mittelschicht werden zusätzlich auch noch durch die Inflation enteignet. Sie werden mit 1,5% Zinsen für ihr Sparbuch abgespeist, während der Kaufkraftverlust durch Inflation derzeit bei 2,5% liegt (2,5% sind der offizielle Wert, die tatsächliche Kaufkraftverlust liegt deutlich höher). Die [Dynamik der Umverteilung](#) durch Zinsen ist derart stark, dass sie [durch keine Vermögenssteuer ausgeglichen](#) werden kann.

Umverteilung von unten nach oben funktioniert aber nur solange es bei der Masse etwas zu holen gibt. Landet das Geld bei einer vermögenden Minderheit, die es nicht für den Konsum ausgibt, so beginnt sich das Geld auf einem Markt der Geldanlageprodukte zu sammeln. Dieses Geld fehlt nun in der Realwirtschaft. Die Unternehmen bleiben auf ihren Waren sitzen und kommen in finanzielle Not. Jene, die sich überwiegend mit Fremdkapital finanziert haben, unterliegen aufgrund der hohen Zinslasten im

Wettbewerb als Erste und gehen in Konkurs. In solchen Zeiten kann es niemand mehr wagen, ein Unternehmen auf Fremdfinanzierungsbasis zu gründen. Der Arbeitsmarkt wird von Menschen überschwemmt, die ihre Stelle verloren haben. Selbst die Banken kommen in Schwierigkeiten, da die Kredite nicht getilgt werden und sie die versprochenen Zinserträge der Sparer nicht finanzieren können.



Die unter Druck geratenen Unternehmen bieten vor allem der jungen Generation prekäre Arbeitsverhältnisse und versuchen damit, der wirtschaftlichen Abwärtsspirale zu entkommen.

Forderung 1 und 2: Trennbankensystem

Die Vermögensklufft führt natürlich nicht nur zu Armut, sondern auf der anderen Seite zu unerhörtem Vermögen. Wenn dadurch immer weitere Gelder aus der Realwirtschaft in den Geldanlagemarkt wandern, dort aber nicht beliebig viele gute Anlageprodukte „erzeugt“ werden können, dann werden für Dinge, die sich als Anlage eignen, immer höhere Preise bezahlt. Es entsteht eine Spekulationsblase. Es ist nichts weiter als ein Selbstregulationsmechanismus, dass es irgendwann zu einem Kurssturz kommt und die Preise wieder ungefähr realistische Werte annehmen.

Es kann nicht sein, dass die Verluste in so einem Moment den Steuerzahlern aufgebürdet werden. Wer mit seinem Geld spekuliert, soll auch die Rechnung dafür zahlen.

Die Realwirtschaft kann die Kursstürze aber nur unbeschadet überleben, wenn die für sie notwendigen Geschäftsbanken nicht in die Spekulationsgeschäfte verwickelt sind. Deshalb bedarf es der Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken. Dann erst kann es sich der Staat erlauben, Investmentbanken nicht mehr durch Steuergelder zu retten. Investmentbanken können niemals systemrelevant sein, weil sie keinen Beitrag zur Realwirtschaft leisten.

Forderungen 3 und 4: Nachhaltige Geldanlagen

Eine der wichtigsten Geldanlage ist heute die private Pensionsvorsorge. Die privaten Vorsorgeprodukte sind vor allem in Staatsanleihen angelegt, weil diese bisher als sicher gegolten haben. Die Erfahrungen aus der Finanzkrise haben uns jedoch gelehrt, dass diese Annahme falsch ist. Somit sind private Vorsorgen heute genauso unsicher wie staatliche Pensionen, die auf dem Generationenvertrag beruhen. Die ernüchternde Erkenntnis lautet: Im Fall eines Staatsbankrotts gibt es keine Sicherheit! Kein Mensch, der sich mit dem Finanzsystem beschäftigt, geht davon aus, dass dieses bis zur Pension heute junger

Menschen überlebt. Die errechneten Renditen könnten nur durch ständiges Wirtschaftswachstum zustande kommen. Doch ist es wirklich ratsam, auf ständiges Wachstum zu vertrauen? Der Kaufkraftverlust durch Inflation übersteigt heute bereits den Zinsgewinn auf unseren Sparkonten. Warum sollte es bei Pensionsvorsorgen anders sein? Wir wollen kein Geld für leere Versprechen ausgeben sondern unsere Vorsorge selbst in die Hand nehmen!

Und das geht so: Über Sponsoren finanzieren wir die Erstellung eines Vertragskonzeptes, das für alle Gemeinden zugänglich gemacht wird. Es erlaubt der Kommune den Vorverkauf von Kilowattstunden, Litern oder Betreuungsstunden aus nachhaltiger Infrastruktur an Ansässige. Es gibt auch eine Rückverkaufspflicht im Fall eines Wohnortwechsels. Die Gemeinde investiert nun die Gelder aus dem Vorverkauf in nachhaltige Energieversorgung, Klär- und Recyclinganlagen, Wasserversorgung und Pflegeeinrichtungen. Die Verträge lauten auf Kilowattstunden, Liter und Stunden (für Betreuungsdienstleistungen). Da diese Größen auch nach einem Währungszusammenbruch unverändert gültig sind, bietet diese Art der Vorsorge eine sehr hohe Sicherheit. Statt einer Zusatzpension konsumiert der Bürger später die Infrastrukturleistungen, die er vorfinanziert hat. So können auch verschuldete Gemeinden schon heute die Wende zur Nachhaltigkeit schaffen. Die Gelder bleiben in der Region anstatt in den Finanzmarkt abzuwandern und es entstehen neue Einkommensmöglichkeiten.

Findet die Idee Verbreitung, könnte der aufgeblasene Finanzsektor regelrecht ausgetrocknet werden. Als Sponsoren bieten sich Unternehmen an, die nachhaltige Infrastruktur errichten.

Forderung 5: Wertstabile, zinsfreie Zweitwährungen

Wir verbünden uns mit einer aufstrebenden, noch nicht korrumpierten Partei und den Basiskräften alter Parteien. Gemeinsam mit diesen werden wir in Österreich die Herausgabe einer zinsfreien und wertstabilen Zweitwährung durchsetzen, die für Anleger uninteressant ist, da sie keine Kapitalerträge bringt. Es soll eine digitale Währung werden, für die gilt, dass Geld nur dort verzeichnet werden darf, wo es tatsächlich ist. Es gibt also keine Buchgeldschöpfung durch Geschäftsbanken. Je mehr die Krise eskaliert, desto mehr werden unsere Pläne Gehör finden.

Die Verwaltung dieser Währung wird durch eine geringe Nutzungsgebühr für Geld finanziert. Bankcomputer ziehen also für die Geldverwaltung jede Nacht Promille-Bruchteile von allen Geldguthaben ab, die einen bestimmten Rahmen überschreiten. Sparer können ihr Geld vertraglich der Kreditvergabe zur Verfügung stellen, um der Verwaltungsgebühr zu entgehen. Dann verschwindet das Geld aber für den Vertragszeitraum von den Sparkonten (und erscheint auf den Konten der Kreditnehmer). Natürlich sind Kredite weiterhin durch Pfand besichert. Bei Kreditausfall übernimmt die geldschöpfende Institution (die nach dem Prinzip der Gewaltentrennung unabhängig organisiert sein wird) den Schaden.

Diese Form der Geldordnung ist nicht neu. Nach 1932 hat sich die Gemeinde Wörgl mit einer nach diesen Prinzipien organisierten Lokalwährung erfolgreich aus der Krise gewirtschaftet. (Bedauerlicherweise bereitete die Nationalbank dem Erfolgsmodell gerichtlich ein Ende.) Regionalwährungen, die sich später an dem Erfolgsmodell orientierten, durften nicht für Steuerzwecke verwendet werden und waren daher nur im Dienstleistungssektor erfolgreich. Eine Zweitwährung stellt für die Wirtschaft kein Problem dar, das zeigt die Erfahrung in Währungsgrenzgebieten, wo der Umgang mit mehreren Währungen alltägliche Praxis ist.

Da in einer durch Nutzungsgebühr finanzierten Währung nicht mehr ausschließlich der Kreditnehmer die Aufwände für die Geldverwaltung trägt, sondern alle über Geld verfügen, sind unverzinsten Kredite möglich. Dies erlaubt es auch einem mittellosen, jungen Menschen sich selbstständig zu machen, ohne dass sein Unternehmen von vorneherein Wettbewerbsnachteilen durch Zinslasten ausgesetzt wäre.

Viele aufstrebende Kleinunternehmer werden den Arbeitsmarkt entlasten. Auf den Waren werden keine Zinslasten mehr liegen.

In Umlauf kommen soll diese Zweitwährung durch politische Einflussnahme von bereits vorhandenen Kräften, die eine Neuorientierung anstreben. Die Währung wird anfangs als „digitaler Steuergutschein“ in Umlauf gebracht. Damit kann jeder Unternehmer etwas anfangen und wird daher die Währung akzeptieren und mit den Einnahmen seine Steuerschulden zahlen. Hat die Währung ihre Funktionstüchtigkeit erst einmal bewiesen, so beginnen auch die Unternehmer ihre Waren damit zu kaufen und der Staat beginnt, seine Staatsausgaben damit zu bestreiten.

Der Euro ist dann hauptsächlich für internationale Geschäfte nötig. Im Fall eines Währungszusammenbruchs hat unser Land durch die Zweitwährung, die nicht in das Schulden- und Zinsdilemma verstrickt ist, eine bessere Absicherung als durch alle (bisher wirkungslosen) Rettungspakete und Rettungsschirme zusammen. Wir haben damit eine sichere Zukunft, die der jungen Generation Chancen und neue Möglichkeiten eröffnet.

Forderung 6: Gebühr auf ungenutzte Ressourcen

Eine solche Zweitwährung verhindert natürlich nicht, dass Geldanleger weiter nach Anlageprodukten suchen, die ihnen einen Kapitalertrag versprechen. Wie oben erwähnt, ist Kapitalertrag immer nur durch eine Form der Erpressung zu erreichen. Niemand finanziert die leistungslosen Einkommen anderer freiwillig.

Die wirtschaftsschädlichste Form der Erpressung besteht unserer Ansicht nach im Aufkauf von Ressourcen durch Spekulanten, die diese dem Markt für eine Weile vorenthalten. Da die Industrie die Rohstoffe braucht, weil sie produzieren will, wird sie irgendwann einwilligen, höhere Preise für die Rohstoffe zu zahlen. Es gibt eine einfache Lösung, um solche Machenschaften zu unterbinden. Wer Ressourcen aufkauft, ohne an deren Verteilung, Aufbereitung, Produktion oder Konsumation teilzuhaben, zahlt für den Zeitraum des Besitzes eine Gebühr. Damit wird es sich nicht mehr lohnen, dem Markt für längere Zeit Ressourcen zu entziehen. Die Preiserpressung hat ein Ende.

Wenn ein Vermögender bspw. Agrarflächen kauft ohne sie zu nutzen, hat er eine Gebühr zu zahlen. Gibt er die Agrarflächen zur Nutzung frei, erspart ihm dies die Gebühr.

Bei genauerer Betrachtung fällt auf, dass die unter Forderung 5 vorgestellte gebührenfinanzierte Geldverwaltung nur eine konsequente Anwendung der Forderung 6 ist – denn auch nicht verwendetes Geld ist eine ungenutzte Ressource. Wenn für das Ungenutzlassen von Geld eine Gebühr anfällt, werden die Sparer ein Interesse daran haben, ihr Geld für Kreditvergaben zur Verfügung zu stellen, um so der Gebühr zu entgehen.

MMag. Manfred Gotthalseder